



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **1 8 - V - 3 7 - 0 0 0 4**
(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) I-37

5. Fortschreibung Bereichsplan Rettungsdienst

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input type="radio"/>	Tagesordnung B <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent

Sven Gerich

Oberbürgermeister

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz
Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: _____
 in %: _____

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamt-kosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr-, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
Summe einmalige Kosten:									

Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Nach §15 Abs. 4 Hessisches Rettungsdienstgesetz (HRDG) sind die Träger des Rettungsdienstes verpflichtet, Bereichspläne für den Rettungsdienst aufzustellen bzw. fortzuschreiben. Der Bereichsplan wurde in seiner 5. Fortschreibung erstellt. Des Weiteren musste die Geschäftsordnung des Bereichsbeirates aufgrund des Wechsels vom Gesundheitsamt zur Feuerwehr angepasst werden.

Anlagen:

1. Protokoll der Bereichsbeiratssitzung
2. Anwesenheitsliste der Bereichsbeiratssitzung
3. Gegenüberstellung der Rettungsmittelvorhaltestunden
4. Synopse zur Änderung der Geschäftsordnung des Bereichsbeirates für den Rettungsdienst
5. Geschäftsordnung des Bereichsbeirates für den Rettungsdienst
6. Bereichsplan des Rettungsdienstes der Landeshauptstadt Wiesbaden
7. Rettungsmitteldienstplan der Landeshauptstadt Wiesbaden

C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen:
 - 1.1 Im Bereichsbeirat für den Rettungsdienst (BBRD) wurde zur Fortschreibung der 5. Fassung des Bereichsplans Einvernehmen erzielt und sie wurde beschlossen - s. Anlage 1.
 - 1.2 Der Bereichsbeirat war beschlussfähig (siehe Teilnehmerliste, Anlage 2)
 - 1.3 Die moderate Erhöhung der Rettungsmittelvorhaltung auf Basis der gesetzlich vorgeschriebenen statistisch ermittelten Werte -Anlage 5- wurde in der Sitzung des BBRD eingehend diskutiert und beschlossen.
 - 1.4 Die geänderte Fassung der Geschäftsordnung des Bereichsbeirates -Anlagen 3 und 4- wurde vom BBRD beschlossen und die Änderung soll zum 01.07.2018 in Kraft treten.
2. Es wird beschlossen:
 - 2.1 Der Magistrat stimmt (gem. § 8 der Geschäftsordnung des Bereichsbeirates) der Änderung der Geschäftsordnung des Bereichsbeirates für den Rettungsdienst zu (s. Anlagen 4 und 5)
 - 2.2 Der Fortschreibung des Bereichsplans des Rettungsdienstes in seiner 5. Fassung -Anlage 6- wird zugestimmt.
 - 2.3 Der Vorhalteeerhöhung im Rettungsmitteldienstplan gem. Anlage 7 wird zugestimmt.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Durch die Änderungen der Geschäftsordnung des Bereichsbeirates findet die organisatorische Zuordnung des Rettungsdienstes vom Amt 53 zu Amt 37 Berücksichtigung.
Die Änderung des Rettungsmitteldienstplans bildet den mit den Kostenträgern vereinbarten Mehrbedarf an Rettungsmittelvorhaltestunden ab dem 01.07.2018 ab.

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

Die demographische Entwicklung der Bevölkerung ist für einen Großteil der Steigerung der rettungsdienstlichen Einsätze verantwortlich.

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

Nach §15 Abs. 4 Hessisches Rettungsdienstgesetz (HRDG) sind die Träger des Rettungsdienstes verpflichtet, Bereichspläne für den Rettungsdienst aufzustellen bzw. alle 4-5 Jahre fortzuschreiben. Dabei ist der aktuelle Rettungsmittelbedarf anhand fester statistischer Vorgaben zu ermitteln und im Rettungsmitteldienstplan festzuschreiben. Der Bereichsplan wurde nun in seiner 5. Fortschreibung erstellt. Des Weiteren musste die Geschäftsordnung des Bereichsbeirates aufgrund des Trägerwechsels von Amt 53 zu Amt 37 (s. TOP 1 des Protokolls) angepasst werden.

Der Rettungsdienst in Deutschland verzeichnet seit Jahren flächendeckend gestiegene Einsatzzahlen. Als Ursache können hier zum einen die demographische Entwicklung der Bevölkerung, als aber auch die veränderte Krankenhauslandschaft sowie eine Veränderung der ambulanten (hausärztlichen Versorgung) herangezogen werden.

Seit der letzten Anpassung des Rettungsmitteldienstplanes im Jahr 2013 haben sich die Rettungsdiensteinsätze von ca. 51.000 auf 60.000 gesteigert. Die internen Instrumente zur Verbesserung der Strukturqualität (Wachennachbesetzung, Optimierung der Ausrückezeiten, Georeferenzierte Einsatzdisposition etc.) sind allesamt ausgeschöpft, sodass die Vorhaltung der Rettungsmittel zum 01.07.2018 erhöht werden muss. Die Vorhaltestunden werden dann von derzeit 145.991 Jahresstunden um 13.670 Stunden auf 159.661 Jahresstunden angepasst. Schwerpunkt der Erhöhung ist im Rettungswachenversorgungsbereich Ost (Igstadt) und im Rettungswachenversorgungsbereich Süd (Wiesbadener Landstr.) zu verzeichnen. Alle Leistungserbringer (Hilfsorganisationen) in Wiesbaden sind von der Erhöhung gleichermaßen betroffen. Die Entscheidung der Vorhalteerhöhung wurde einstimmig vom Bereichsbeirat am 27.02.2018 beschlossen.

Finanzielle Auswirkungen für die Landeshauptstadt Wiesbaden entstehen nicht, da die Finanzierung ausschließlich durch die Kostenträger (Krankenkassen) sicherzustellen ist.

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Keine möglich

Wiesbaden, 11.Juni 2018
Hagner Tel. 126-152

Gerich
Oberbürgermeister